

12:9 – neue Ratsmehrheit formiert sich

STADTRAT Elf CSU-ler plus Bürgermeister: Diese neue Gestaltungsmehrheit setzte sich gestern bei allen Personalentscheidungen durch.

VON KARL STUMPMF

NEUNBURG. Das Kräftenessen im frisch etablierten Stadtparlaments gipfelte in der fälligen Neuwahl des Bürgermeister-Stellvertreters. Die bisherige Amtsinhaberin Johanna Gückel wurde von der CSU-Mehrheitsfraktion erneut vorgeschlagen. Die FWG-Fraktion setzte mit Martin Scharf einen eigenen Kandidaten dagegen. Bei der folgenden geheimen Wahl entfielen auf ihn aber nur neun Stimmen. Gückel wurde mit zwölf Stimmen in den Amt bestätigt. Zuvor waren die Freien Wähler bei gleichem Stimmenverhältnis mit ihrem Antrag gescheitert, eine/n 3. Bürgermeister/in zu installieren. Mit 12:9 Stimmen war gleich zu Sitzungsbeginn ein von Margot Weber (SPD) eingebrachter Änderungsantrag zur Geschäftsordnung abgewiesen worden.

Bei der weiteren Aufgabenverteilung herrschte zunächst nur über einen „Reformvorschlag“ von Vizebürgermeisterin Gückel Einigkeit: Die bisher für städtische Obliegenheiten bestellten ehrenamtlichen Verwalter sollten künftig einheitlich Beauftragte bezeichnet werden. Als es dann um die Besetzung des als einflussreich geltenden Referentenpostens „Städtische Feuerwehren“ ging, kam es zur Kampfabstimmung. Die CSU hatte als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtrat Adolf Greiner die ebenfalls aus Seebarn stammende Stadträtin Margit Reichl vorgeschlagen. Die SPD benannte dafür Herbert Wartha. Das nächste Duell: Peter Schießl (CSU) gegen Bert Maderer (SPD) um den nach Alois Nißls Abschied vakanten Posten des Umweltbeauftragten – beide Ab-



Die Eidesformel sprechen die neu gewählten Stadträte (von links) Martin Birner, Peter Schießl, Johannes Lober und Dr. Richard Wagner (alle CSU-Fraktion), Bert Maderer und Herbert Wartha (beide SPD-Fraktion). Foto: su

ÄMTERVERTEILUNG IM STADTRAT

► **Stellvertreter des Bürgermeisters:** 2. Bürgermeisterin Johanna Gückel (CSU).

► **Fraktionsvorsitzende:** Klaus Zeiser (CSU), Franz Koller (SPD), Martin Scharf (FWG).

► **Rechnungsprüfungsausschuss-Mitglieder:** Margit Reichl (CSU), Bert Maderer (SPD), Walter Drexler (FWG).

► **Beauftragte für Feuerwehren:** Margit Reichl (CSU).

► **Beauftragte für Marienheim und Spitalstiftung:** Johanna Gückel (CSU).

► **Beauftragte für Familien- und Frauenfragen:** Marianne Deml (CSU).

► **Beauftragter für Umweltschutz und**

Grünanlagen: Peter Schießl (CSU).

► **Beauftragte für Grund- und Hauptschule:** Margot Weber (SPD).

► **Sportbeauftragter:** Herbert Wartha (SPD).

► **Beauftragter für die Städtische Musikschule:** Dr. Richard Wagner (CSU).

► **Beauftragter für den Stadtpark:** Johann Dorner (FWG).

► **Beauftragter für den Tourismus:** Anton Scherr (CSU).

► **Beauftragter für Dorferneuerung und Flurordnung:** Joh. Scharf (CSU).

► **Jugendbeauftragter:** Harald Klatzka.

► **Beauftragter für Altstadt, Museum**

und Festspiel: Theo Männer.

► **Verbandsräte NO-Gruppe:** Klaus Zeiser, Johannes Scharf, Christiane Steininger, Anton Scherr, Peter Schießl, Johannes Lober, Adolf Greiner (CSU); Konrad Hoch, Walter Drexler, Hans Mehltrittter (FWG); Franz Koller, Wartha (SPD).

► **Verbandsräte Sparkasse:** Bgm. Wolfgang Bayerl, Johanna Gückel (CSU), Christiane Steininger (CSU).

► **ArGe-Jugend-Delegierte:** Peter Schießl (CSU), Herbert Wartha (SPD), Martin Scharf (FWG).

► **Aufsichtsräte:** Christiane Steininger, Hans Dorner (Wohnbau GmbH); Margit Reichl, Margot Weber (Freizeit GmbH).

stimmungen gingen 12:9 für die CSU-Kandidaten aus. Unmut regte sich in den Reihen der SPD/FWG, als die CSU bei der Besetzung der „lukrativen“

Sparkassenverbandsräte neben Bürgermeister Bayerl beide der Stadt Neunburg zustehenden Posten für sich reklamierte – und Johanna Gü-

ckel und Christiane Steininger gegen Franz Koller (SPD) und Hans Mehltrittter (FWG) durchsetzte, wiederum mit 12:9 Stimmen.

Pfarrei St. Josef neu im Internet

NEUNBURG. An Pfingsten fällt der Startschuss zur Eröffnung der Homepage der katholischen Pfarrei Neunburg-Sankt Josef. Wald Unter der Adresse „www.pfarrei-neunburg.de“ können nun zum Beispiel die Pfarrbriefe angesehen oder abgerufen werden. Die Adressen des Pastoralteams stehen ebenso zur Verfügung wie die aktuellen Termine der Pfarrei. Auf weiteren Seiten werden die Notfallseelsorge, die Pfarrkindergärten Sankt Josef und Sankt Martin, die Stadt- und Pfarrbücherei und der Eine-Welt-Laden präsentiert. Ein kleiner Führer stellt die Kirchen der Pfarrei vor. In einer Bildergalerie können Fotos von den Erstkommunionfeiern und vom Kindergarten Sankt Martin eingesehen werden. An einigen Webseiten wird noch gearbeitet. Für die Gestaltung und Pflege der Homepage zeichnen Dekan Karl-Dieter Schmidt und Beratungsrektor Wilhelm Namhammer verantwortlich. (mz)

Maiandacht der Kinder-Kirche

NEUNBURG. Diakon Uli Wabra und der Kinderkirchenkreis laden am Samstag um 15 Uhr zur Kinder-Kirchen-Maiandacht an der Marienkapelle in Schönbuchen bei Dautersdorf ein. Jede Familie sollte zu diesem kindgerechten Wortgottesdienst ein Körbchen mit Blütenblättern in einer Farbe mitbringen. Ebenso eine Brotzeit für das anschließende Picknick. Die Kinder einer Firmgruppe sorgen nach dem gemeinsamen Singen und Beten für Beschäftigung der kleinen Kinder-Kirchen-Besucher. Bei Regen findet die Kinder-Kirchen-Maiandacht im Pfarrheim in Neunburg vorm Wald statt. Zum Vormerken: Für den 14. Juni plant das Kinderkirchen-Team ein Johannefeuer! (mz)

Bayerl: Neue Planung kostet Zeit und mehr Geld

HALLENAREAL Bürgermeister Bayerl gab gestern im Stadtrat einen Sachstandsbericht nach dem Bürgerentscheid.

NEUNBURG. Das Stadtoberhaupt verwies eingangs auf einen Aktenvermerk über ein am 25. April bei der Regierung der Oberpfalz im Beisein von Vertretern des Aktionsbündnisses geführtes Sondierungsgespräch. „Nach wie vor gilt, was seitens der Stadt vor dem Bürgerentscheid gesagt worden ist“, betonte Bayerl. Der von Vertretern des Aktionsbündnisses wiederholte erhobene Vorwurf, wonach die Rathauspitze „irreführend und unvollständig informiert“ habe, sei somit eindeutig widerlegt. Desgleichen weitere Behauptungen des Aktionsbündnisses, insbesondere auch die, wonach nach dem Bürgerentscheid angeblich entweder mit dem städtischen Plan oder mit dem Vorschlag des Aktionsbündnisses weitergearbeitet und beide Konzepte gleich schnell umgesetzt werden können. Als falsch erwiesen habe sich auch die Aussage, wonach bei einem erfolgreichen Bürgerbegehren „sofort mit demselben Förderzug weitergefahren werden kann“.

Die Erarbeitung einer neuen Planung, so Bayerl, erfordere viel Zeit, koste zusätzliches Geld und es sei völlig offen, ob für eine Revitalisierung anderer Art als bisher vorgesehen wieder Zuschüsse gewährt werden. Die Feststellung – „Wir waren am Ziel und müssen wieder zurück zum Start und niemand kann sagen, ob wir je wieder

ankommen werden“ – mag laut Bayerl sehr pessimistisch klingen, sie gründe bei der gegebenen Sachlage aber auf Realismus. „Wir wissen schließlich um die hohen Hürden und die engen Grenzen, die uns durch die Förderrichtlinien und Vergabevorschriften gesetzt sind“.

Der Bürgermeister nahm dann Bezug auf Gespräche mit Bürgern. Demnach gebe es zur Revitalisierung des Stadthallenareals je nach Interessenslage viele unterschiedliche Vorstellungen. Beispiel: Auf den Edeka-Markt soll vollständig verzichtet werden. „Ich kann daraus nur ableiten, dass es äußerst schwierig werden wird ein neues Konzept zu erarbeiten, das einerseits konsensfähig, andererseits

förderfähig und finanzierbar ist“. Deshalb bedauerte es Bayerl, dass „unsere ehrliche Aufklärung nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist“, die Bürger stattdessen mehrheitlich dem Aktionsbündnis folgten. Der Bürgermeister wörtlich: „Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, müssen nun alle Bürger tragen und das ist für jene, die für das städtische Planungskonzept eingetreten sind, sehr schmerzhaft“. Persönlich sei es ihm zwar ein Trost, dass die Verantwortung für diese Situation und die mit einer neuen Planung verbundenen Unwägbarkeiten auf den Schultern derer laste, die die städtische Planung bekämpft hätten. Diese Verantwortung sei enorm groß – „es ging ja schließlich um einen wichtigen Ent-

wicklungsschritt für unsere Stadt, der nun wegen des Bürgerentscheids auf längere Sicht nicht gangbar ist und es geht um drei Millionen Euro Staatszuschuss, die derzeit nicht mehr gesichert sind“. Aufgrund des beim Bürgerentscheid zum Ausdruck gebrachten Willens, „den ich selbstverständlich respektiere“, müsse sich der Stadtrat nun aber trotz absehbarer Schwierigkeiten erneut auf den Weg machen und versuchen, das momentan unmöglich erscheinende zustande zu bringen. „Soweit ich gefordert bin, werde ich mich selbstverständlich einbringen“, sagte Bayerl abschließend.

Nach dem Bürgerentscheid, erwiderte Margot Weber (SPD), dürfe „das Kriegsbeil nicht wieder ausgegraben werden“. Stattdessen müsse „ohne Zaudern und Zögern der Blick nach vorne gerichtet werden“. Der Stadtrat stehe in der Verantwortung schnell einen Zeitplan vorzulegen. Der Bürger habe politisch entschieden, meinte Klaus Zeiser (CSU), doch das eindeutige Ergebnis habe auch viele neue Sachfragen aufgeworfen: Wie soll die Wiederbelebung des Hallenareals aussehen? Wie kann eine Stärkung der Hauptstraße erreicht werden? Vergaberechtlich, mutmaßte er, „haben wir jetzt eine verdammt schwierige Situation“. Neu-Stadtrat Dr. Wagner (CSU) warnte davor, mit Elementen aus dem Bayer&Strobel-Konzept weiterzuarbeiten. Dies hielte er für „kontraproduktiv“ und eine „Provokation“ jener, die das Bürgerbegehren unterstützten. Neu-Stadtrat Maderer (SPD) versicherte: „Das Aktionsbündnis steht bereit, um bei der Planung anzuschließen“.



Stillstand herrscht auf dem Stadthallengelände – wie lange noch? Foto: ggo

Arbeitskreis installieren

CSU-ANTRAG Um die Neuplanung des Hallenareals zu forcieren, soll ein Ad-hoc-Ausschuss gebildet werden.

NEUNBURG. Einen entsprechenden Vorschlag der CSU-Fraktion unterbreitete Neu-Stadtrat Martin Birner. Begründung: „Nachdem uns das Ergebnis des Bürgerentscheids einen eindeutigen Auftrag gibt, ist es wichtig und notwendig so schnell wie möglich einen gemeinsamen förderfähigen Vorschlag auszuarbeiten, in dem sich der Bürgerwille wiederfindet“. Ein Arbeitskreis sollte dazu sachlich neue Ansatzpunkte erarbeiten. Birner regte an, neben Bürgermeister und Verwaltungsleiter Vertreter aus den Fraktionen und dem Aktionsbündnis in dieses Gremium zu entsenden. Den Vorschlag der Regierung, einen externen Moderatoren zu bestellen, sei aufzugreifen. Zu klärende Punkte: Welche Bausteine sind für ein förderfähiges Konzept unabdingbar? Welche Schnittmengen sind vorhanden? Welches Auswahlverfahren ist transparent, rechtlich zulässig und schnell durchzuführen?

FWG-Sprecher Scharf berichtete von Kontakten zur Bayer. Ingenieurkammer und ersuchte die Verwaltung, dort in Sachen „Zweitvergabeverfahren“ definitive Auskünfte einzuholen. SPD-Sprecher Koller empfahl einen weiteren Anlauf zur Ablösung der beiden „Stadt“ zu unternehmen. (su)